

erhebung. Denkschriften seien kein Beweismittel.  
Rechtsanwalt Dr. Franz II. befreit die Richtigkeit des Materials des Reichsinnenministeriums; er erwidert sich es Punkt für Punkt zu widerlegen.

### Hitler wird vereidigt

Nach längerer Beratung verlässt Reichsgerichtsrat Baumgarten:

Der Senge Adolf Hitler ist zu vereidigen, weil gesetzliche Gründe, die gegen seine Vereidigung sprechen, nicht vorliegen.

Hitler leistet den Eid in vollständer Form.

Die Vereidigung der Herren von Pfeffer, Weich und Wagner wird bis zum Schluss der Gemeindefaunaufnahme ausgesetzt.

Der Antrag, die Herren Dr. Goebbels und Hauptmann Gaering als Zeugen zu vernemen, wird abgelehnt, weil die Tatsachen, die sich aus ihrer Vernehmung ergeben könnten, für Schuld und Strafe der Angeklagten unerschließbar sind.

Reichsgerichtsrat Baumgarten fährt fort: Man könnte fragen, warum der Senge Hitler vernommen worden ist. Sein Zeugnis erschien dem Senat von Wichtigkeit. Wir waren der Meinung, daß er als Parteiführer wichtige Aufschlüsse geben könne, vor allem auch nach der Kasse. Er hätte Aufschluß geben können über die Finanzierung oder ob sonst parteimäßig auf die Offiziere eingewirkt worden ist. Es war nicht, darüber den Parteiführer zu hören. Ich bitte Sie, Herr Adolf Hitler, zur Vereidigung vorzutreten. (Hitler tritt mit einer Verbeugung vor.) Sie können Ihre Aussage einfach beschwören, haben nichts hinzuzufügen.

### Wozu der Lärm?

Von W. Hoepfner-Flatau.

„Diktator! Gewalt! Progromel! Katastrophopolitik! Fröhliche Einheilung aller Youngzählungen! Neuer Weltkrieg!“ Es ist kein Geschwätz so dünn und kein Geräch so sinnlos, daß es nicht doch noch Gläubige findet.

Unden und berufsmäßige Schwarzfächer wird es immer geben! Aus jeder politischen und wirtschaftlichen Situation kann man die schwärzesten Zukunftsbilder ersehen. Mit Bechteligkeit. Und Bestimmtheit ist eine Charaktereigenheit.

Wenn dieser Bestimmtheit aber — ob mit ihm politische Ziele verfolgt werden oder nicht — laut wird und sich bemerkbar macht in den Schlagzeilen der Sensationsblätter, in Artikeln, die alles grau in grau malen und nichts leben als Trostlosigkeit, wenn er künstlich so gefördert wird, daß ein ganzes Volk (oder auch nur ein Volksteil) von keiner Zukunft nur noch Uebles erwartet und gar nichts Gutes mehr — — dann ist es Zeit, den Leuten, die immer unten müssen, zu sagen:

Ihr treibt ein sehr gefährlich Spiel mit der Gegenwart und mit der Zukunft des deutschen Volkes. Ein Spiel, das jeden Widerstand gegen die Wirtschaftsnote, gegen die innere Zerrissenheit Deutschlands unterhöht! Ein Spiel, das einen grauenvoll tragischen Ausgang haben kann, für den ihr diese Verantwortung niemals tragen könnt!

Es ist selbstverständlich, daß die latente Wirtschaftskrise, der Ausgang der Wahlen und das — abwartende — Mißtrauen des Auslandes eine Stimmung in Deutschland hervorgerufen haben, die man mit „Angst- und Schrecken“ bezeichnen kann.

Wer auch nur einen Funken von Verantwortungsbewußtsein besitzt, wird sich schweigend in die Reihen derjenigen stellen, die diese Dinsche und ihre Auswirkungen mit allen Mitteln bekämpfen. Das soll nun nicht heißen: Lagerberichte fälschen nach mehr oder weniger bewährtem Muster, sondern das heißt:

Ruhe bewahren! Die Nerven in der Hand behalten! Die Dinge leben wie sie sind! Und den Glauben nicht verlieren an die Tüchtigkeit, an den Lebenswillen und die Lebenskraft des deutschen Volkes!

Nur Völker, die müde sind, lassen die Dinge treiben, wie sie wollen. Junge Völker aber, die an ihre Zukunft und ihre Daleinsberechtigung glauben, werden selbst in der Not den Mut nicht verlieren! Sie werden, vertrauen auf die eigene Kraft, sich gegen die Miesmacher stemmen. Sie werden den Kampf mit dem Unglück aufnehmen — und sie werden siegen!

Ist Deutschland, ist das deutsche Volk wirklich schon so alt, daß es rettungslos dem Pessimismus verfallen darf? ...

Nein, was ist denn eigentlich geschehen? Die Nationalsozialisten werden 107 Abgeordnete in den Reichstag schicken. Schön. Und weiter? Ist wirklich irgendwas sichtbar und fühlbar etwas geschehen, das eine Katastrophe auch nur andeutet?

Nichts ist geschehen! Nur ein paar Angsthasen haben — Ihre Köpfe gepakt und sich Wasser besorgt. Und ein paar Superflüssigkeiten haben ihr Geld ins Ausland transferiert. Paris war zwei Tage lang beunruhigt. Neunort hat einige Verläufe in Auftrag gegeben. Und weiter?

Nichts! Aber die berufsmäßigen Schwarzfächer sind gekommen und haben geschrien: 25 sind abgereicht, 50 werden noch hinzukommen. 500 planen eine Flucht! Paris ist beunruhigt! Paris kocht vor Unruhe! Die ganze Welt steht Kopf!

Und aus den knallenden Schlagzeilen liest „die ganze Welt“, daß sie „beunruhigt“ ist

— und fängt an, tatsächlich an die eigene Unruhe zu glauben! Und in Deutschland selbst schlägt man dann entmutigt die Hände vors Gesicht: Alles verloren, die Katastrophe ist da!

Wirklich, ist die Katastrophe schon da? Oder ist die deutsche Wirtschaftskrise nicht nur eine Erscheinung, die bedingt ist aus der Weltwirtschaftskrise? Wird sie nicht genau so vorübergehen wie hundert andere Krisen vor und nach ihr? Mit Energie, Zähigkeit, Fleiß und einem Schatz gesundem Optimismus läßt sich jede — wirtschaftliche und politische Krise überwinden! Ein Volk muß nur wollen. Es muß den Kopf oben behalten, es muß den Schwarzfächer der großen Maul klopfen und es sich verbitten, daß sie immer und immer nur Unheil prophezeien!

Mit der Flucht von 6 Milliarden in das „neutrale“ Ausland ist gar nichts getan, nicht einmal für den Besitzer des Kapitals. Woher aber sind diese 6 Milliarden RM, der deutschen Wirtschaft entzogen, die sie bitter, bitter nötig hat! 6 Milliarden RM, (die in Deutschland 8—10, in der Schweiz aber nur 5—6 Prozent Zinsen tragen) sind eine gewaltige Summe, mit der sehr viel Arbeit geschaffen und Tausenden von Arbeitslosen Brot gegeben werden kann. Deutschland hungert nach Geld — — und ein paar „ganz Schläue“ schaffen Vorposten ins Ausland!

Sicherlich nicht aus bösem Willen! Aber sie sind eingeschüchert durch das ewige Geurre und Geträche einiger schwarzer Raben, die berufsmäßig Unheil prophezeien.

Ein Volk, das den Glauben an sich selbst verloren hat, hat alles verloren! Zwei Wege gibt es heute für Deutschland:

Entweder: resignieren, latentlos zusehend wie die Dinge treiben. Dann haben wir, dann hat Deutschland keine Daleinsberechtigung mehr und wird verschwinden.

Oder: zupacken, Kopf ins Genid, durchbeihen!

Wir sind kein Sterbendes Volk! Wir leben und wir werden leben — — wenn wir wollen! Wenn wir glauben an uns und an unsere Kraft! Wenn wir den Schwarzfächer den Mund klopfen und uns von ihnen nicht mehr einschüchtern lassen!

Zeigen wir dem Ausland, daß wir selbst kein Vertrauen in uns haben — — woher soll das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland dann wohl kommen? Beweisen wir aber, daß das deutsche Volk fest an seine Zukunft glaubt, daß es sich nicht unterliegen läßt, von nichts und von niemand, dann wird das hier und da vielleicht ins Wanken geratene Vertrauen des Auslandes auch wieder stark werden. Dann werden die Kreditrestriktionen aufhören, dann wird die Sorge um die Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse aufhören, dann wird die Kapitalflucht aufhören — — dann werden wir aus eigener Kraft die gegenwärtige Krise überwinden können! Lach dem Geschrei der Pessimisten!

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Das Gesamtministerium hat die bereits angekündigte Notverordnung über die Gemeinde-Viersteuer, Bürgersteuer und Getränkesteuer (Gemeindesteuernotverordnung) am 26. September durch Verkündung im Sächsischen Gesetzblatt Nr. 24 in Kraft gesetzt. Es glaubte sich dazu verpflichtet auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930, deren Durchführung für die sächsischen Gemeinden der Regierung verfassungsmäßig obliegt. Die sächsische Gemeindesteuer-Notverordnung führt die Viersteuer obligatorisch für alle Gemeinden ein, sie beteiligt die Bezirksverbände an dem Ertrag und läßt die Verwaltung der Viersteuer für die bezirkszugehörigen Gemeinden im Interesse der beteiligten Wirtschaftskreise und der Geschäftvereinfachung in den Händen der Bezirksverbände.

### Die sächsische Notverordnung in Kraft gesetzt

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt:

Das Gesamtministerium hat die bereits angekündigte Notverordnung über die Gemeinde-Viersteuer, Bürgersteuer und Getränkesteuer (Gemeindesteuernotverordnung) am 26. September durch Verkündung im Sächsischen Gesetzblatt Nr. 24 in Kraft gesetzt. Es glaubte sich dazu verpflichtet auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930, deren Durchführung für die sächsischen Gemeinden der Regierung verfassungsmäßig obliegt. Die sächsische Gemeindesteuer-Notverordnung führt die Viersteuer obligatorisch für alle Gemeinden ein, sie beteiligt die Bezirksverbände an dem Ertrag und läßt die Verwaltung der Viersteuer für die bezirkszugehörigen Gemeinden im Interesse der beteiligten Wirtschaftskreise und der Geschäftvereinfachung in den Händen der Bezirksverbände.

Als Landesgesetz der Bürgersteuer werden die von der Verordnung des Reichspräsidenten zwingend vorgeschriebenen Mindestsätze eingeführt (6 RM. jährlich bei Einkommen von nicht mehr als 8000 RM., gestaffelt bis zu 1000 RM. Bürgersteuer bei einem Einkommen von mehr als 50000 RM.).

Die Regierung würdigt die verschiedenen, im Wirtschaftsausschuß des Landtags vorgebrachten Bedenken; angesichts der ständig und dringlich werdenden Not der Gemeinden, die insbesondere aus der dauernd zunehmenden und weit über dem Reichsdurchschnitt liegenden Zahl der Wohlhabenderwerblosen beruht, hält sie aber den Erlaß der Notverordnung für dringend geboten.

Es kann für die nächste Zeit nicht damit gerechnet werden, daß die Belastung der Gemeinden und Bezirksverbände durch die Wohlhabenderwerblosen und Arbeitslosensicherungsempfänger geringer wird. Im Gegenteil, die Belastung für die Ausgaben wird steigen, während die Leistungen der Arbeitslosensicherung — wenigstens in Sachsen — schon bei einem gewissen Beharrungsstand angeht.

Bei der Finanzlage des Staates sowie gegenüber der Erklärung der maßgebenden Reichsstellen, daß für dieses Rechnungsjahr eine finanzielle Hilfe für die Gemeinden vom Reich in keiner Form mehr zu erwarten sei, bleibt allein die sofortige und tunlichst erschöpfende Anwendung der Verordnung des Reichspräsidenten und wäre eine Verzögerung der Einführung der Notverordnung bis zur endgültigen Beschlußfassung des Landtags nicht zu verantworten gewesen. Der monatliche Ausfall für die Gemeinden des Landes würde allein bei der Biersteuer rund 4 Millionen Reichsmark betragen. Auch für die Bürgersteuer und die Getränkesteuer der Gemeinden müßte aus dem gleichen Grunde sofort die Möglichkeit der Einführung eröffnet werden. Die einzige Regelung in der Notverordnung, die nicht der zwangsläufigen Ausführung der Reichsverordnung dient, ist die obligatorische Festlegung der Biersteuer für alle Gemeinden des Landes unter Mitwirkung der Bezirksverbände, denen auch die Verwaltung obliegt. Für diese Regelung sprechen aber überwiegende Gründe der Zweckmäßigkeit, die die kommunale Stellung und auch die beteiligten Wirtschaftskreise als richtig anerkennen werden. Sie schützt die Haushalte der Bezirksverbände vor plötzlicher Unordnung, dient den notwendigen Ausgleich und ermöglicht die Beibehaltung des bisherigen einfachen Erhebungssystems.

Einem besonders vorgetragenen dringlichen Wunsch aus den beteiligten Wirtschaftskreisen hat die Regierung auf Anregung der Wirtschaftspartei im Wirtschaftsausschuß des Landtags dahingehend Rechnung getragen, daß die Biersteuer in den Gemeinden an der tschechoslowakischen Grenze wegen der dort herrschenden Konkurrenzverhältnisse nach den alten Sätzen weiter erhoben werden kann, wenn die Gemeinde — gegebenenfalls mit Zustimmung des Bezirksverbandes — diesen Wunsch ausdrückt.

### Der Landtag wolle beschließen

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat im Landtag den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, den Bezirksverbänden Mittel für Winterbeihilfen der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

### Eine Entschlieung der Dresdner Deutschnationalen

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei sah im Anschluß an die Ausschreitungen gegen das Deutschtum in Prag folgende Entschlieung, die dem Reichsaussenminister Dr. Curtius und der tschechischen Staatsregierung übermittelt wurde. Darin wird gefordert, daß die Reichsregierung dafür sorgt, um alle geeigneten Maßnahmen ergreift, um die deutsche Kultur und die deutsche Sprache in den deutschen Winterbeihilfen zu schützen.

### Letzte Rettung: Finanzdiktator

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Durch die Presse geht folgende Notiz: „In der oberösterreichischen Stadt Reife, deren Finanzlage ebenso schlecht ist, wie die anderer Städte, beschloßen die Stadtverordneten als letzten Ausweg einen Finanzdiktator zu ernennen, der mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet werden soll ...“

Das ist ein Verzweiflungsbeschuß. Die Stadt Reife wird einmal einleben, daß auch ein Finanzdiktator keine Wunder wirken kann. Er wird vielleicht in der Lage sein, hier und da Abstriche an den Ausgaben zu machen. Er wird manche Sparmaßnahme durchsetzen können. Das ist aber auch alles. Was ist damit schon gewonnen?

Wir wollen uns nichts vormachen: Die deutschen Kommunen leiden unter einem System, das sie zugrunde richtet. Es ist das System, das Länder und Gemeinden zu Kaskadengängen des Reiches macht. Sie ihrer selbständigen Einnahmen beraubt und ihnen Beihilfen aus den Hauptsteuerarten zuweist, mit denen sie nicht leben und sterben können. Es bleiben ihnen als selbständige Einnahmequellen die Realsteuern, deren Erhöhung aber schließlich auch einmal ihre Grenze an der Erschöpfung der steuerlichen Leistungsfähigkeit des Mittelstandes findet.

Es ist ja möglich, daß ein Finanzdiktator hier und da Gutes in einer Gemeinde wirken könnte. Aber doch auch nur da, wo man sich Ausgaben leisten, die die Kräfte der Gemeinde und ihrer Steuerzahler übersteigen. Wo das aber der Fall ist, da kann man hundert zu eins weihen, daß da auch eine bewilligungstüchtige Mehrheit am Werke ist, die sich den Heuler um den Sparmaßnahmediktator scheren wird. So liegen heute die Dinge.

Veränderung ist letzten Endes doch nur zu erzielen, wenn wir endlich eine Verringerung des ganzen heutigen Wirtschaftssystems, der Steuererhebung und der sozialen Politik herbeiführen können. Dazu fehlen aller-

dings im Augenblick alle Möglichkeiten. Dazu kommt, wie bereits erwähnt, daß die Stadtverwaltungen aus sich heraus nicht das geringste tun, durch Sparanstrengungen und Einschränkung der Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Die goldene Zeit der Auslandskredite ist vorbei. Heute heißt es, mit eigenen Mitteln auszukommen und zu wirtschaften. Und weil die meisten Gemeinden durch bewilligungs- und ausgabenstrebige Mehrheiten daran gehindert sind, erleben wir die fortgesetzten Zusammenbrüche von kommunalen Verwaltungen.

### Fraktionstagungen anlässlich des Deutschen Städtetages

Wie auf allen Hauptversammlungen der Deutschen Städtetage, so werden auch zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dresden am heutigen Freitag und des Preussischen Städtetages am Sonnabend die einzelnen Fraktionen nach Bedarf Sitzungen abhalten. Alle Tagungen finden im Sächsischen Ausstellungspalast statt. Für die Sitzungen der einzelnen Fraktionen sind verschiedene Räumlichkeiten im Ausstellungsgelände bestimmt worden.

### Vermahlungsquote 80 Prozent

Auf Grund eines Antrags des Reichernährungsministers ist beim Reichskabinett eine Erhöhung der weißen Vermahlungsquote von 60 auf 80 Prozent in Aussicht genommen. Der Antrag ist inzwischen dem zuständigen Reichsausschuß zur Stellungnahme zugeleitet worden. Maschine 6.

### Kündigung der Achtfundend- schicht im Ruhrbergbau

Nachdem die Bergarbeiterverbände bereits kurz vor den Wahlen dem Zechenverband ihre Ansicht mitgeteilt hatten, das bestehende Mehrarbeitsabkommen, das für den Weltertagebetrieb die achtfundend Schicht vorsieht, am 1. Oktober zum 30. November zu kündigen, ist am Donnerstag diese Kündigung dem Zechenverband zugegangen.

### Das Kabinett Schöber zurückgetreten

Der österreichische Ministerrat hat am Donnerstagnachmittag noch einmal die politische Lage erörtert. Nach kurzer Beratung wurde der Bundeskanzler ermächtigt, dem Bundespräsidenten den Rücktritt der Regierung zu überreichen. Unmittelbar nach diesem Beschluß erschien Bundeskanzler Dr. Schöber beim Bundespräsidenten Miklas und teilte ihm den Rücktrittsbeschluß mit. Der Bundespräsident hat sich die Annahme des Rücktritts und die Betrauung der Regierung mit Dangois an der Spitze vorbehalten.

### Keine deutschen Tonfilme mehr in Prag

Die Prager Polizeidirektion hat allen Kinobesitzern halbamtlich die Weisung erteilt, bis auf weiteres keine deutschen Tonfilme anzuführen, welcher Forderung sämtliche Kinobesitzer nachgegeben sind. Der Ministerrat hat sich am Donnerstagnachmittag mit der Frage der deutschen Tonfilme beschäftigt und festgestellt, daß zu einem allgemeinen Verbot keine gesetzliche Handhabe bestehe. Die deutschen Minister erklärten ausdrücklich, daß sie, wenn ein solches Verbot erfolgen würde, sich weitere Schritte vorbehalten müßten. Seitens des Innenministeriums wurde jedoch erklärt, daß eine Untersuchung eingeleitet werde, um neue Richtlinien für die Filmzensur aufzustellen.

### Funkstation Vatikan

Der Senator Marconi übergab die von ihm unweit des früheren päpstlichen Observatoriums errichtete Funkstation dem Papst Pius XI. Auf Anordnung des Papstes wird die Station dem Vater Gianfranceschi unterstellt, der sich in den nächsten Tagen von der Reichweite und Aufnahmefähigkeit der Station überzeugen wird, die nach dem neuen Marconi-Kurzwellen-System arbeitet.

### Weiterboraufgabe.

Bedeckt es später auch woflig, dabei verbreitet Neigung zu Dunst- oder Nebelbildung und vorübergehend auch etwas Niederschlag wahrnehmlich. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Im Gebirge fortwährend kühl. Winde aus West bis Nordwest, vorwiegend schwach bis mäßig, in freien Gebirgslagen auch aufdröhnend.